

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.19/20 - 60. Jahrgang

2. Oktober 2010



7. Oktober: Welttag für menschenwürdige Arbeit

Im Anschluss an den DGB-Kapitalismuskongress am 7. Oktober ruft der Gewerkschaftsbund zu einer Kundgebung mit seinem Vorsitzenden Michael Sommer sowie Vertreterinnen und Vertretern von IG Metall, IG BCE und Ver.di auf. Die Kundgebung zum „Welttag für menschenwürdige Arbeit“ beginnt um 16.30 Uhr vor dem Berliner Congress Center am Alexanderplatz.

Die Bundesregierung wälze die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise fast ausschließlich auf die sozial Benachteiligten sowie die Arbeitnehmer ab, kritisiert der stellvertretende DGB-Vorsitzende von Berlin-Brandenburg Christian Hoßbach. Allein die jüngsten Sozialkürzungen würden Berlin und Brandenburg einen Kaufkraftverlust von jährlich 500 Mio. Euro bescheren und erheblich aufs Wirtschaftswachstum drücken. 17 Prozent der Brandenburger müssten schon jetzt mit weniger als 700 Euro im Monat auskommen. Allein in Berlin seien 120.000 Menschen Aufstocker, deren Lohn nicht zum Leben reicht. Die Bundesregierung müsse endlich akzeptieren, dass die Politik eines Niedriglohnssektors gescheitert ist, sagte Hoßbach. Man halte das Lohnabstandsgebot nicht ein, indem man die Sozialleistungen kleinrechnet, sondern indem man dafür sorgt, dass die Löhne existenzsichernd sind.

Hoßbach erneuerte die DGB-Forderungen nach einer Vermögensabgabe sowie einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes: Bereits kurz nach der Finanzkrise habe sich die Zahl der Millionärshaushalte in Deutschland auf 430.000 erhöht. **BS** □

Bundesregierung:

Der Widerstand wächst

Protest gegen Energiepolitik, Kopfpauschale und Hartz-IV

Hunderttausend Teilnehmer auf der Anti-Atom-Demo in Berlin, ein breites Bündnis von Oppositionsparteien und Gewerkschaften, das gegen die verfehlte Gesundheitspolitik mobilisiert und Empörung bei Verbänden und Betroffenen über die Hartz-IV-Pläne: Der Protest gegen die Politik der Bundesregierung wächst immer schneller.

Das seit einigen Monaten bestehende Bündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“ will alles daran setzen, die soziale Schieflage zu beseitigen und die „falsche Weichenstellung“ in der Gesundheitspolitik aufzuhalten. Der DGB plant, den Kampf gegen die Kopfpauschale zu einem Schwerpunktthema der Aktionen im Herbst machen. Nach den jüngsten Ankündigungen von Gesundheitsminister Rösler, der auch in der gesetzlichen Krankenversicherung die Vorkasse stärker zu propagieren, spricht SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach bereits von einer „3-Klassen-Medizin“.

Vor dem Bundesverfassungsgericht will die SPD den schwarz-gelben Atomdeal stoppen. Unter Ausschaltung des Bundesrats will die Bundesregierung durchsetzen,



Protestaktion gegen schwarz-gelbe Atompläne: Hunderttausend nahmen teil. Foto: Horb

dass die 17 Kernkraftwerke im Schnitt zwölf Jahre länger am Netz bleiben. Profitieren werden die vier großen Energiekonzerne, Verlierer sind die erneuerbaren Energien.

Eine gerichtliche Überprüfung ist möglicherweise auch bei der Neuregelung der Hartz-IV-Sätze nötig. SPD-Experten äußerten den Verdacht, dass sich Schwarz-Gelb bei der Berechnung vor allem an der eigenen Kassenlage orientiert und damit das Bundesverfassungsgerichtsurteil missachtet habe. **siehe auch Seite 2, 7, 8 und 10**

Mieter zahlen für Klimaschutz

Klaus Wowerit: Klare Lobbypolitik auch bei Gebäudesanierung

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Klaus Wowerit hat Bundeskanzlerin Merkel vorgeworfen, auch beim Thema Gebäudesanierung klare Lobbypolitik zulasten der Millionen Mieterinnen und Mieter in Deutschland zu betreiben.

„Die energetische Gebäudesanierung ist ein entscheidender Baustein für den Klimaschutz. Wenn Frau Merkel die Weichen richtig stellen würde, könnten alle profitieren“, sagte Wowerit.

Dazu muss die Bundesregierung das Gebäudesanierungsprogramm massiv aufstocken. Zu Zeiten der Großen Koalition standen 2,2 Milliarden Euro zur Verfügung

- im kommenden Jahr sind es nur noch 950 Millionen Euro. Außerdem muss es einen

LIEBE LESERINNEN UND LESER,
DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER
STIMME ERSCHEINT NACH DEN
HERBSTFERIEN AM 30. OKTOBER 2010.
IHRE REDAKTION

fairen Ausgleich zwischen Mietern und Vermietern geben: Sie sollten sich die Ersparnisse bei den Heizkosten schlicht teilen. Die Bundeskanzlerin habe offenbar den „Blick für das Leben der Normalverdiener komplett verloren“, so Wowerit.

BS □

„Auf Kosten der Ärmsten“

Schwesig: Kinderarmut wird nicht beseitigt

Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig sieht die Befürchtungen der SPD bei den Regelsätzen zum Arbeitslosengeld II bestätigt: „Die Koalition hat um die Regelsätze geschachert und herausgekommen ist ein Regelsatz nach Kassenlage. Was wir da erleben, ist ein unwürdiges Schmierentheater auf Kosten der Ärmsten. Diesem Vorschlag der Bundesregierung werden wir in der vorgelegten Form nicht zustimmen.“

Die Bundesregierung rechne die Regelsätze klein, so Schwesig. Das angewandte Verfahren sei „alles andere als transparent, die Berechnungsgrundlage nicht nachvollziehbar, die Begründung dafür willkürlich.“ Die SPD, so Schwesig, habe deshalb „ernste Zweifel, ob die Vorschläge den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechen“. Schwesig: „Es ist zynisch, wenn Frau von der Leyen es als Erfolg hinbiegen will, dass die Kinderregelsätze nicht gesenkt werden. Sie hat keine Ahnung von der realen Lebenssituation der betroffenen Kinder in diesem Land.“

Als Mogelpackung entpuppte sich auch das großspurig angekündigte Bildungspaket der Ministerin. Manuela Schwesig: „Der geplante Zuschuss für ein warmes Mittagessen für die Kinder in Höhe von 2 Euro ist

gut, allerdings nur dort, wo es auch Essensangebote gibt. Und das gibt es bundesweit für gerade einmal 20 Prozent der Kinder. Deshalb muss schleunigst ein Infrastrukturprogramm der Bundesregierung her, damit wirklich jedes Kind ein warmes Mittagessen bekommen kann. Auch das Schulstarterpaket, das Frau von der Leyen als Teil ihres neuen Bildungspaktes verkauft, ist nichts Neues. Die Kinder erhalten bereits seit zwei Jahren auf Initiative der SPD 100 Euro jährlich für Schulmaterial.“ Wer Musikunterricht und Sportverein ankündigt und dann 10 Euro monatlich anbietet, der habe den Mund zu voll genommen. Das Bildungspaket dürfe zudem nicht nur für Kinder von SGBII-Empfängern gelten, sondern auch für die Kinder von Geringverdienern.

Der Grundbedarf und das Bildungspaket gehören aus Sicht der SPD zusammen. „Beides muss stimmen“, so Manuela Schwesig. „Mit ihren nach Kassenlage zusammengeschusterten Vorschlägen zeigt Frau von der Leyen keinen Weg aus der Bildungsarmut von Kindern auf.“ Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel forderte die Rücknahme der Steuerentlastung für Hoteliers und den Verzicht auf das Erziehungsgeld für Familien, die ihre Kinder nicht in den Kindergärten schicken. **PM/BS** □



Insgesamt mehr als zwanzig 120-Liter-Müllsäcke haben Mitglieder der SPD Adlershof am 18. September, dem „Freiwilligentag“, gesammelt. Über zwei Stunden waren sie entlang der Bauzäune unterhalb der S-Bahnbrücke unterwegs.

Olivaer-Platz-Projekt ausgezeichnet

Die Abteilung 0498 Wilmersdorf-Nord erhielt einen von 20 Preisen des SPD-Bundesvorstandes für ein kreatives und beispielhaftes Projekt einer „Zukunftswerkstatt“.

Das Projekt „Metropolenplatz Olivaer Platz“ sei „etwas Neues, Ungewohntes und öffnet die Partei mit Themen, die die Bürgerinnen und Bürger betreffen“, heißt es in dem Schreiben von Andrea Nahles, Generalsekretärin der SPD über die Verleihung des mit 500,00 € dotierten Preises. „Ihr aktiviert die eigenen Mitglieder neu, erweitert und verbessert die Kontakte zu den Menschen und verstärkt die Präsenz der SPD vor Ort“ „Die SPD-Abteilung Wilmersdorf-Nord“, so ihr Vorsitzender Frank-Axel Dietrich, „hatte sich in den letzten Jahren gegen einen Allparteienbeschluss der Bezirksverordnetenversammlung zur Teilbebauung des Platzes durchgesetzt und diskutiert seitdem öffentlichkeitswirksam mit den Anwohnerinnen und Anwohnern und Vertretern des Bezirksamtes, wie auch der sozialdemokratischen BVV-Fraktion, aber auch der Grünen-BVV-Fraktion die Neugestaltung des Platzes und seine Verkehrssituation ohne Neubebauung.“ **BS** □

Internet:

SPD vernetzt sich weiter

Relaunch von www.spd.de zum Bundesparteitag

Seit dem vergangenen Wochenende präsentiert sich die Bundes-SPD im Internet neu. Mit dem Relaunch wird www.spd.de stärker zum Nachrichtenportal, das Kommentarfunktionen und die Verbindung zu den sozialen Netzwerken bietet.

Die Bewährungsprobe hatte die neue Seite zum Bundesparteitag, der mit einer Video-Liveübertragung und zahlreichen Berichten begleitet wurde. Die Nutzer der Seite konnten parallel dazu in Echtzeit Kommentare lesen, die in sozialen Netzwerken gepostet wurden. Unabhängig von einer Parteimitgliedschaft bietet spd.de die Möglichkeit, Profile einzurichten, Inhalte zu bewerten und Artikel zu kommentieren.

Die Internetseite werde auch nach dem Start immer weiter ausgebaut, sagte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles bei der Präsentation. Im Bereich der Internetauftritte von Parteien betreute die SPD damit Neuland. SPD.de soll künftig deutlich mehr als in der Vergangenheit die Partei in allen



Internetredaktion der SPD auf dem Bundesparteitag. Foto: Jürgen Jänen

ihren Facetten und allen Ebenen abbilden. Ziel ist es, eine politische Diskussionsplattform und einen Knotenpunkt sozialdemokratischer Diskurse im Netz zu schaffen. Im Zuge des Relaunches erhöht die SPD außerdem ihre Präsenz auf anderen Plattformen, wie Twitter, Facebook und auf einschlägigen Politikblog. Im Willy-Brandt-Haus wurde dazu ein „Newsdesk“ eingerichtet. **BS** □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Stadtentwicklung:

Breite Front gegen Ramsauers Sparpläne

Initiative für den Erhalt der Städtebauförderung: Auch CDU-Länder stimmen mit

Berlin führt den Widerstand gegen die Kürzungen in der Städtebauförderung an. Nach der Sondersitzung der Bauministerkonferenz hat nun auf Initiative von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer der Bundesrat beschlossen, die Bundesregierung aufzufordern, umgehend alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die von der schwarz-gelben Koalition angekündigten Kürzungen der Städtebauförderung rückgängig zu machen. Nur zwei Länder - Hessen und Sachsen-Anhalt stimmten gegen den Berliner Antrag, Schleswig-Holstein enthielt sich. Sogar das Land Bayern, aus dem der verantwortliche Bundesminister Ramsauer kommt, hat gegen diese fatale Politik gestimmt.

Berlins Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer betrachtet den Beschluss als Erfolg: „Es ist ein starkes Signal, wenn eine so breite Mehrheit der Bundesländer deutlich macht, dass Einsparungen im Bereich der Städtebauförderung inakzeptabel sind. Dies ist eine deutliche Aufforderung an die Abgeordneten des deutschen Bundestages, ihre Verantwortung gegenüber ihren Städten und Kommunen wahrzunehmen und den schädlichen Kürzungsabsichten der Bundesregierung eine Absage zu erteilen.“

Kürzungen bei der Städtebauförderung verhindern Investitionen in strukturschwache Gebiete und bedeuten gravie-



Erfolg im Bundesrat: Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer.

rende Einschnitte in die Förderung der Sozialen Stadt. In der Begründung zu dem Beschluss des Bundesrates heißt es unter anderem: „Die Programme der Städtebauförderung haben sich als Investitionsmotor bewährt. Die Städtebauförderung ist ein unverzichtbares Mittel, um städtebaulichen, sozialen und wirtschaftlichen Problemlagen zu begegnen. Die Investitionen sind auch eine wichtige Stütze mittelständischer, regionaler Unternehmen. Eine Kürzung der Förderung würde sich negativ auf weitere Investitionen in den Stadtteilen auswirken, zu Auftragsrückgängen und

auch zu Arbeitsplatzverlusten führen. Kürzungen und Einsparungen bei der Städtebauförderung beschädigen das Vertrauen in die Kommunen und letztendlich der Menschen vor Ort und sind sowohl aus stadtentwicklungspolitischen als auch aus wirtschaftspolitischen Gründen das falsche Signal.“

In Berlin werden mit den Mitteln der Städtebauförderung viele Projekte der sozialen Stadtentwicklung und des Quartiersmanagements gefördert. Die Kürzung würde gerade diejenigen Gebiete treffen, in denen es erfolgreiche Ansätze für eine Politik der sozialen Integration, Bildung und gegen die soziale Entmischung gibt.

Zurzeit erhalten 2308 Gebiete in Deutschland Städtebaufördermittel aus den Programmen wie Soziale Stadt, Stadtumbau, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren und städtebaulicher Denkmalschutz. Nach Aussagen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) löst 1 € Städtebauförderung jeweils 8 € weitere öffentliche und private Investitionen aus.

Im Regierungsentwurf zum Bundeshaushaltsplan 2011 sind für die Städtebauförderung im Vergleich zu den vom Bundesministerium in diesem Jahr vorgesehenen über 600 Mio. € nur noch 305 Mio. € geplant. Der Deutsche Bundestag wird am 11. November in zweiter Lesung das Haushaltsbegleitgesetz der Bundesregierung abstimmen und über die Zukunft der Städtebauförderung entscheiden. **JG** □

Ideenkonferenz# 3:

Bürgernahe Leistungen

Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung als Themen

Verantwortung für das Gemeinwesen - Öffentliche Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung“ - das ist das Thema der 3. Ideenkonferenz der Berliner SPD am 25. Oktober.

Im Jugendkulturzentrum Pumpe in Berlin-Tiergarten können Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus öffentlichen Unternehmen, Gewerkschaften, Verbänden und wissenschaftlichen Einrichtungen mit Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit, dem SPD-Landesvorsitzenden Michael Müller und Finanzsenator Ulrich Nußbaum über ein zentrales Thema der Berliner Stadtpolitik diskutieren.

Michael Müller: „Politik hat die Aufgabe Gemeinwesen zu organisieren und öffentliche Daseinsvorsorge zu gewährleisten -



durch faire Zugänge und hochwertige Leistungen. „Privat vor Staat“ - die Losung neoliberaler Ideologie hat sich spätestens mit der Finanzkrise überlebt. In Berlin haben wir die Chance, Weichenstellungen zu treffen für ein faires und nachhaltiges Gemeinwesen und für effektive, bürgernahe Leistungen der Daseinsvorsorge.“ **BS** □

Ideenkonferenz#3, Montag, 25. Oktober, Beginn 17.00 Uhr (Einlass: 16.30 Uhr), Alte Pumpe, Lützowstraße 42, 10785 Berlin. Anmelde-link unter www.hauptstadt-im-gespraech.de.

Berliner Notizen:

Dieter Scholz geehrt

Ehrung für den langjährigen Landesvorsitzenden des DGB Berlin-Brandenburg: Dieter Scholz wurde jetzt vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit mit dem Berliner Landesorden ausgezeichnet. Gewürdigt wird damit auch sein Kampf gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit. **BS** □

Parlament der Bäume

Das von Ben Wagin neu gestaltete „Parlament der Bäume - Gegen Krieg und Gewaltherrschaft“ am Schiffbauerdamm ist am Donnerstag eröffnet worden. „Hier ist auch etwas von dem historischen Optimismus der Maueröffnung erhalten geblieben“, so Kulturstaatssekretär André Schmitz. Berlin hat die Arbeit von Ben Wagin mit 190.000 Euro Lottomitteln und der Bund mit 49.500 Euro Projektmitteln unterstützt. **BS** □



Stolperstein-Rundgang in Wilmersdorf-Nord: Anne Hansen (Ver.di) und Franziska Becker (SPD) haben am 18. September rund 100 Stolpersteine im Abteilungsbereich geputzt. Foto: Saalfrank

Rundgang in Neu-Westend

Auch in Neu-Westend zeugen Stolpersteine, Gedenktafeln und unentdeckte Orte von Deportation und Widerstand in der Nazi-Zeit. Die SPD Neu-Westend will diese stummen Zeugnisse in einem Stadtspaziergang am 2. Oktober ein wenig mehr ins Licht rücken.

Der geführte Spaziergang wird zwischen 1,5–2 Stunden dauern und zu zahlreichen Stationen rund um den Theodor-Heuss-Platz führen, an denen die Hintergründe zu den einzelnen Gedenkstellen erläutert werden. Treffpunkt ist am Samstag, 2. Oktober 2010, 15 Uhr am Branitzer Platz 1, Berlin Neu-Westend.

„Es waren Nachbarinnen und Nachbarn“

Stolpersteinrundgang der ASF in Friedrichshain-Kreuzberg

„In Friedrichshain lebten früher die kleinen Leute. Die meisten waren Arbeiter und hatten keinerlei Vermögen. Das gilt auch für die jüdische Bevölkerung. 1925 lebten etwa 8.000 von ihnen in Friedrichshain. Ab Mitte Oktober 1941 begannen die Nazis mit der systematischen Deportation der Juden. In Friedrichshain überlebten nur 210 die Verfolgung“, so Dorothee Reinhold vom KulturRaum Zwingli-Kirche e.V. beim Stolpersteinrundgang der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) in Berlin-Friedrichshain.

Um an die ehemaligen Friedrichshainer Juden zu erinnern, hatte der Verein im Jahr 2008 rund um den Rudolfplatz 15 Stolpersteine verlegen lassen. „Stolpersteine sollen regelmäßig an die Opfer erinnern, denn ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist. Deshalb werden wir beim heutigen Stolpersteinrundgang die Biografien der weiblichen NS-Opfer verlesen und die Stolpersteine reinigen“, so Martina Hartleib vom ASF Landesvorstand.

Etwa 20 Bürgerinnen und Bürger waren gekommen, um die Frauen bei ihrem Stolpersteinrundgang zu begleiten, darunter

Verschuldungsziel Null

Senat beschließt Finanzplanung 2010 bis 2014

Berlin bleibt in den nächsten Jahren auf striktem Konsolidierungskurs. Das kündigte Finanzsenator Ulrich Nußbaum nach der Senatssitzung am Dienstag an, auf der die Finanzplanung für die Jahre von 2010 bis 2014 beschlossen wurde. Ziel bleibe es, die Verschuldung wieder auf Null zurückzuführen.

Schuldenbremse und Konsolidierungshilfengesetz verlangen in gleicher Weise, bis 2020 die Ausgaben an die zur Verfügung stehenden Einnahmen anzupassen – ohne Kreditaufnahme, so Nußbaum. Auf 600 Millionen Euro bezifferte der Finanzsenator das bis 2013 umzusetzende Konsolidierungsvolumen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat tiefe Löcher in die Steuereinnahmen gerissen, die durch hohe Kreditaufnahmen geschlossen werden müssen. Gemessen an den Erwartungen aus dem Jahre 2008 fehlen im laufenden Jahr 2,3 Milliarden Euro im Steueretat – davon sind laut Nußbaum allein 890 Millionen Euro durch steuerpolitische Entscheidungen bedingt. Dies erschwere, so der Senator, die Konsolidierungsaufgabe der kommenden Jahre gewaltig. Berlin hat zudem an der hohen

Schuldenlast des Landes von etwa 62 Milliarden Euro zu tragen.

Als Konsequenz dürften bei den künftigen Haushaltsberatungen eine Vielzahl von Investitionsprojekten auf den Prüfstand kommen. Allein im Hochbau müssten voraussichtlich 190 Millionen Euro gespart werden. Geplante Anschaffungen des Landes sollen über die Jahre gestreckt werden. Der Personalabbau im öffentlichen Dienst soll bis 2013 zu Einsparungen von 40 Millionen Euro führen.

Nußbaum will aber auch die Einnahmeseite des Landes verbessern. Dazu arbeitet die Finanzverwaltung an Plänen für eine Erhöhung der Vergnügungsteuer, die etwa auf Spielautomaten erhoben wird und derzeit bei 11 Prozent liegt. Rechtlich geprüft werden soll auch die Einführung einer „City Tax“ für Touristen. „Ich würde es von der moralischen Seite her durchaus für vertretbar halten, dass man Menschen, die hierher kommen und die Vorteile dieser Stadt genießen, auch für die Ausgaben der Berliner mit heranzieht“, erklärte Nußbaum. Allerdings werde die rechtliche Prüfung dieser Frage noch etwas Zeit in Anspruch nehmen. **BS □**



Stolpersteinrundgang der ASF Friedrichshain-Kreuzberg. Foto: Norbert Brennig

auch das Abgeordnetenhausmitglied Dr. Susanne Kitschun und die Bezirksverordnete Anita Leese. Während des Stolpersteinrundgangs packten alle tatkräftig mit an und sorgten dafür, dass die Stolpersteine, die im Verlauf der Jahre dunkel geworden waren, wieder golden glänzten.

Auffällig bei den Stolpersteinen rund um den Rudolfplatz ist, dass die meisten Menschen Opfer der sogenannten Fabrikaktion wurden. Darunter auch Charlotte Brieger, die bei Nordland Schneeketten als Zwangsarbeiterin eingesetzt war.

Am Morgen des 27. Februar 1943 riegelte die Gestapo und bewaffnete SS-Angehörige schlagartig etwa 100 Betriebe in Berlin ab und transportierten die Verhafteten auf offenen Lastkraftwagen zu vorbereiteten Sammelstellen innerhalb Berlins. Die meisten der inhaftierten Juden wurden zwischen dem 1. und dem 6. März 1943 in fünf Transporten nach Auschwitz deportiert.

Charlotte Brieger, geboren am 26. Februar 1925, wurde am 3. März deportiert. Der Obersturmführer Schwarz notiert in Auschwitz: „Transport aus Berlin, Eingang 5. März 43, Gesamtstärke 1128 Juden. Zum Arbeitseinsatz gelangten 389 Männer (Buna) und 96 Frauen. Sonderbehandelt wurden 151 Männer und 492 Frauen und Kinder. [...]

Charlotte Briegers Stolperstein liegt heute vor der Stralauer Allee 23 a. Dort ist zu lesen, dass die gerade einmal 18jährige junge Frau in Auschwitz ermordet wurde. Auch ihre Eltern Sigismund und Martha Brieger wurden deportiert und ermordet.

„Es ist wichtig, dass wir regelmäßig an die Biografien der Menschen erinnern, die ermordet wurden“, findet Dr. Susanne Kitschun. „Es sind eben nicht anonyme Zahlen, sondern es waren unsere Nachbarinnen und Nachbarn, die verschleppt und er-

Bildung:

„Atmosphäre des Aufbruchs“

Experten zogen in Charlottenburg-Wilmersdorf eine erste Bilanz der Schulreform

Berliner Schule in Bewegung - unter diesem Motto zogen Fachleute aus Schulpraxis- und Verwaltung am 15. September 2010 eine erste Bilanz in Charlottenburg-Wilmersdorf.

In Berlin wird mit diesem Schuljahr eine umfassende Bildungsreform fortgesetzt: Länger gemeinsam lernen, kein Kind zurücklassen, bessere Binnendifferenzierung, mehr individuelle Förderung, Integration statt Ausschluss, verlässliche, qualitätsstarke Ganztagsbetreuung sind nur einige Stichworte, die die Ziele der Schulstrukturreform in der Hauptstadt beschreiben.

NÄCHSTE PHASE DER REFORMEN

Nach der erfolgreichen Einführung von Gemeinschaftsschulen vor zwei Jahren, der Abschaffung des Sitzenbleibens im Grundschulalter, der Altersmischung in den unteren Jahrgängen (JÜL) und der Stärkung schulischer Selbstverwaltung geht die Reform in die nächste Phase: 111 Integrierte Sekundarschulen (ISS) gehen nun an den Start. Der rot-rote Senat hat damit die als „Resterampe“ in Verruf geratene Hauptschule vollständig abgeschafft - und eine Zeitenwende für gut 320000 Berliner Schülerinnen und Schüler sowie rund 24200 Lehrerinnen und Lehrer eingeläutet.

Die neuen Strukturen sind notwendig, darin sind sich fast alle einig - aber wie läuft die Reform in der Praxis? Wie sieht es an den Schulen und in der Verwaltung einige Wochen nach Beginn des ersten Sekundarschuljahrs aus? Überwiegen Skepsis, Empörung großer - oder der Jubel?

WIE LÄUFT DIE UMSETZUNG IM BEZIRK?

Die Kudamm-Abteilung der SPD und die Arbeitsgemeinschaft für Bildung Charlottenburg-Wilmersdorf wollten es genau wissen und haben gemeinsam eingeladen zum Podiumsgespräch in die Reformschule Charlottenburg, eine der acht neuen Sekundarschulen des Bezirks: den Vorsitzenden der GEW-Schulleitervereinigung und Leiter der Friedensburg-Oberschule Paul Schuknecht, den neuen Schulleiter der Ersten Reformschule Charlottenburg, Martin Grunenwald, Günther Kuhring von der Bezirks-Schulaufsicht und die Bildungsstaatssekretärin Claudia Zinke. Aus dem Parlament auf dem Podium: Felicitas Tesch, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus.



Diskutierten die Umsetzung der Schulreform: Staatssekretärin Claudia Zinke, Schulleiter Paul Schuknecht, SPD-Schulpolitikerin Felicitas Tesch. Foto: H. Stock

Einhellig nimmt man auf dem Podium eine „Atmosphäre des Aufbruchs“ (Paul Schuknecht) wahr. „Die Lehrer sind motiviert, und Geld ist genug da“, stellt die Staatssekretärin zufrieden fest - auch für die Fortbildung. „Die Akzeptanz ist hoch“, findet auch Martin Grunenwald, der die neue Reformschule als Schulleiter erst seit wenigen Wochen in die neue Zeit führt.

MEHR PRAXIS UND BERUFSNÄHE

Insbesondere die Stärkung des dualen Lernens - mehr Praxis und Berufsnähe in die Schulen, Kooperationen mit Sportvereinen, Musikschulen, freien Trägern, Möglichkeit des Ganztagsunterrichts - und der Wegfall der äußeren Leistungs differenzierung sei ihm politisch wie pädagogisch hochwillkommen, betonte Schuknecht. Allerdings müssten viele Lehrer erst lernen, damit umzugehen, dass die Schulen unliebsame Schüler nun nicht mehr weg schieben könnten. Der Lehrerberuf wandle sich durch die neuen Anforderungen. Auch eine größere Offenheit für Veränderung an den Gymnasien sei hier gefragt, obwohl der Elternwille in Berlin, wie Günther Kuhring und Zinke betonen, hohen Stellenwert behalte.

BERLIN GEHT ANDERS VOR ALS HAMBURG

Anders als in Hamburg, wo die Eltern ein Volksbegehren gegen die dortige schwarzgrüne Bildungsreform anstrebten, „bleibt der Schrei der Empörung deshalb in Berlin aus“, meint Kuhring. Auch die angestrebte Höchstfrequenz - 26 Schüler in den Sekundarschulklassen und 32 in den Gymnasien - werde bis auf wenige Ausnahmen eingehalten, in den neu strukturierten Schulen zum Teil sogar absichtlich unter-

schritten, um die einzelnen Schüler noch besser fördern zu können.

Erst im kommenden Schuljahr, erklärt die Staatssekretärin, greifen die neuen Auswahlkriterien: An besonders nachgefragten Schulen entscheidet dann im Zweifelsfall für 30 Prozent der Schülerbelegung das Los, und das jeweilige Profil der Schule - musisch, sportbetont etc. - wird dann wichtiger als die Wohnortnähe.

MEHR FACHLEHRER WERDEN GEBRAUCHT

„Die Hauptschule war ein Auslaufmodell“, findet auch Felicitas Tesch. Ein Problem allerdings sei, dass nicht genügend Fachlehrer insbesondere in den naturwissenschaftlichen Fächern zur Verfügung stehen. Nicht zuletzt deshalb wünschen sich denn auch die Schulleiter Grunenwald und Schuknecht noch mehr Eigenverantwortung für die Schulen - auch im Hinblick auf freieres Finanz- und Personalmanagement, um die speziellen Bedarfe besser und rascher decken zu können. Aber erstmal ist man stolz auf das Erreichte. „Ich hoffe, dass wir die gute Arbeit für mehr Bildungsgerechtigkeit auch in den kommenden Jahren fortsetzen können“, so der Ausblick der Bildungspolitikerin Tesch.

ZUVERSICHT ÜBERWIEGT

Offenbar, auch das ein Ergebnis dieser Informations-Veranstaltung, überwiegt die Zuversicht der Reformer deutlich die Bedenken. Das Engagement von Pädagogen und Entscheidungsträgern lässt hoffen, dass die bessere Bildung für alle Kinder und Jugendlichen der Stadt Realität wird - nicht nur strukturell, sondern ganz praktisch, in Charlottenburg-Wilmersdorf und überall sonst in Berlin.

Katharina Körting □

FRAKTION INTERN

Großer Konsens beim Ladenöffnungsgesetz. Die Koalitionsfraktionen haben sich auf das neue Ladenöffnungsgesetz geeinigt. Bereits in der nächsten Woche soll es im Parlament beschlossen werden. Damit kann die Regelung noch an den Sonntagen vor Weihnachten greifen. Im Parlament wurden vor allem zwei Punkte am Entwurf der Senatsverwaltung für Verbraucherschutz geändert:

1. Für Geschäfte an wichtigen Bahnhöfen werden Ausnahmen für das Verkaufsverbot an Sonn- und Feiertagen geschaffen. So dürfen Geschäfte auf Personenbahnhöfen, auf Verkehrsflughäfen und in Reisebusterminals auch an Sonn- und Feiertagen Reisebedarfsartikel verkaufen. Auf Fernbahnhöfen dürfen darüber hinaus Waren des täglichen Verbrauchs angeboten werden. Dazu zählen Lebensmittel, Reisegepäck und Reisetaschen, Fan- und Geschenkartikel, Medikamente und zum Beispiel Brillen. Welche Bahnhöfe unter diese Regelung fallen, legt die zuständige Senatsverwaltung fest. In jedem Fall sind dies u.a. der Hauptbahnhof, Zoo, Friedrichstraße, Ost- und Südbahnhof.

2. Eine weitere Änderung wurde bei der Festlegung der verkaufsoffenen Sonntage beschlossen. So sollen jährlich acht zentral für die ganze Stadt festgelegt werden, zwei weitere werden vor Ort bestimmt. Im Senatsentwurf sollten nur 6 Sonntage zentral festgelegt werden. Für diese Regelungen gab es breite Unterstützung. So haben der Handelsverband HBB und die IHK die Entscheidung begrüßt. Kirchen und Gewerkschaften war es wichtig, dass möglichst viele verkaufsoffene Sonntage vom Senat festgelegt werden. Denn damit wird verhindert, dass es eine große Uneinheitlichkeit und Unübersichtlichkeit in der Stadt gibt. Insgesamt ist es der Fraktion gelungen, ein Ladenöffnungsgesetz zu erarbeiten, das den Ansprüchen einer modernen Metropole sowie den Interessen der Konsumenten gerecht wird und das gleichzeitig den berechtigten Anliegen von Arbeitnehmern und Kirchen entgegenkommt.

Großes Interesse an Veranstaltungen.

Unter dem Motto „Vielfalt fördern - Zusammenhalt stärken“ luden die Fraktionen von SPD und Linke am 27. September 2010 zu einer gemeinsamen Diskussionsveranstaltung zum Stand der Integrationspolitik und dem neuen Partizipations- und Integrationsgesetz ein. Am folgenden Abend präsentierte die Fraktion als Start der Reihe „Kino im Parlament“ den Film SHAHADA, der vom Leben dreier junger Muslime in Berlin erzählt. Insgesamt kamen zu den beiden Veranstaltungen über 400 Interessierte. **R.P. □**



Das 1. Familienfest der Reinickendorfer SPD in der Farm Lübars war ein überwältigender Erfolg. Bei herrlichem Wetter strömten über tausend Menschen auf das Festgelände am nördlichen Stadtrand. Viele Vereine und Initiativen beteiligten sich. Der Kreisvorsitzende Jörg Stroedter: „Ein Jahr nach der verlorenen Bundestagswahl geht es wieder aufwärts mit der SPD. Die Menschen merken: Ohne SPD geht es nicht. Und wir wollen ihnen zeigen, wir sind an ihrer Seite.“ Foto: König



Sven Kohlmeier hatte am 20. September zu einem Stadtteilstag in seinem Wahlkreis: Kaulsdorf und Kaulsdorf Nord eingeladen. Hohepunkt und Abschluß Tages war die öffentliche Veranstaltung in der Gaststätte „Zur S-Bahn“ am Bahnhof Kaulsdorf mit dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses und ehem. Regierenden Bürgermeister, Waiter Momper. Vor etwa 60 Besuchern berichtete Momper von den historischen Momenten 1989 und 1990. Foto: Duclos

Paris - Berlin:

Voneinander lernen

Französische Sozialisten zu Gast in Berlin

Vom 1. bis 3. Oktober besuchen Genossen und Genossinnen der Parti Socialiste mit ihrem Parteivorsitzenden Rémi Féraud die Berliner SPD. Es war ihr ausdrücklicher Wunsch am 20. Jahrestag der Wiedervereinigung in Berlin zu sein.

2003 hatten die Berliner SPD und die Pariser PS einen Freundschafts- und Kooperationsabkommen beschlossen, das durch gegenseitige Besuche mit Leben erfüllt wird. Sechs Berliner SPD-Kreise haben in der Folge eigene Partnerschaftsabkommen abgeschlossen, es sind Charlottenburg/Wilmersdorf, Kreuzberg/Friedrichshain, Mitte, Pankow, Reinickendorf und Schöneberg/Tempelhof).

Die beteiligten Kreise gestalten das Programm und sehen neben zahlreichen bezirklichen Aktivitäten auch gemeinsame zentrale Veranstaltungen vor. Alle Berliner Genossen und Genossinnen sind herzlich willkommen.

Fester Bestandteil der gegenseitigen Besuchsprogramme sind politische Diskussionsforen zu unterschiedlichen regionalen, nationalen und internationalen Fragen. Wie und was können wir voneinander lernen, was können wir z.B. auf europäischer Ebene gemeinsam machen, finden wir Anregungen für die lokale und regionale Politik - das sind die Leitfragen der Foren.

In diesem Jahr diskutieren Franzosen und Deutsche über die Gleichstellungspolitik in beiden Ländern. Wie ist der politische und rechtliche Stand der Gleichstellung? Wie ist der Stand der Diskussion in der Öffentlichkeit und in der parti socialiste? Gibt es Unterschiede zur Diskussion in



Freundschaftsbesuch von Berliner Sozialdemokraten im Rathaus des 10. Arrondissements. Foto: Projekt Paris-Berlin

Deutschland und in der SPD? Es wird mit Sicherheit eine spannende Diskussion geben. Dafür garantieren auch die Teilnehmerinnen auf dem Podium: Christine Rimbault und Andrea Fuchs, die Vorsitzenden der AG „Egalité Femmes Hommes“ der Pariser PS, Sabine Röhrbein (stellv. Berliner ASF-Vorsitzende), Dilek Kolat (stellv. Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus) und Vera Morgenstern (ver.di). (Sonnabend, 2. Oktober 16 - 18 Uhr, Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstrasse)

Weiterhin stehen auf dem Programm der Rundgang in der Bernauerstrasse, der Besuch der Gedenkstätte Hohenschönhausen, der Besuch der Weibervirtschaft am Wedding, die Gleimtunnel-Party und die Ausstellung Freedom Roads in der ABI-Galerie. **Peter Schuster □**

➡ Einzelheiten zum Programm sind als PDF auf der Website der Berliner SPD unter „Projekt Berlin-Paris“ zu finden: www.spd-berlin.de/projekt-berlin-paris. Auch die beteiligten Kreise geben Informationen zu den dezentralen Veranstaltungen.

Sigmar Gabriel:

„Es kommt nur auf uns selbst an!“

Arbeitsparteitag der SPD in Berlin - Standortbestimmung bei Wirtschaft und Finanzen

Auf einem „Arbeitsparteitag“ hat die SPD in Berlin Beschlüsse zur Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik gefasst, den Kurs in der Integrationspolitik festgelegt und an die Vereinigung von SPD-West und SPD-Ost vor 20 Jahren erinnert. In seiner fast zweistündigen Rede hat der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel eine selbstbewusste Standortbestimmung ein Jahr nach der Wahlniederlage der SPD vorgenommen.

„Es kommt nur auf uns selbst an!“, stellte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel auf dem Bundesparteitag der SPD in Berlin fest. Die Klientelpolitik Angela Merkels sei dagegen ein „Konjunkturprogramm für Politikverdrossenheit“. Rot-Grün habe in den Umfragen inzwischen eine klare Mehrheit. „Mehrheiten links von der Mitte brauchen ein starkes und verlässliches Zentrum. Das weiß am Ende auch das aufgeklärte Bürgertum und deshalb kämpfen wir nicht gegen andere Parteien, sondern um ein neues gesellschaftliches Bündnis von Arbeitnehmern und ihren Familien, aufgeklärtem Bürgertum, Selbstständigen und kritischen Intellektuellen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass unser Land zusammen gehalten wird und nicht immer mehr auseinander treibt.“

Einer, der das wisse und der seit 10 Jahren zeige, wie man eine Stadt regiere, in der alle Herausforderungen und auch Probleme unseres Landes wie in einem Brennglas zu sehen sind und angepackt werden müssen, sei der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, sagte Gabriel. „Und ich bin sicher, dass die Berlinerinnen und Berliner im kommenden Jahr wissen, dass man die Zukunft einer Stadt nicht nur mit Bionade und Latte Macchiato allein gestalten kann. Und deshalb wird der Berliner Bürgermeister auch in den nächsten Jahren Klaus Wowereit heißen.“

GAUCK: MIT DEN WÄHLERN SPRECHEN

Der ehemalige Präsidentschaftskandidat Joachim Gauck hat die Parteien in seiner Rede auf dem SPD-Bundesparteitag am Sonntag in Berlin zu bürgernaher Politik aufgerufen. „Politiker, die mit ihren Wählern nicht mehr sprechen können, werden die Zukunft des Politischen eher schädigen“, mahnte er. Gauck bemängelte zugleich das Fehlen von Foren und Kanälen, wo sich auch aktive Bürger in den Meinungsbildungsprozess einbringen könnten, die nicht in den Parteien engagiert



Berliner Delegierte auf dem SPD-Bundesparteitag.

sind. Die SPD mahnte er, gesamtgesellschaftliche Interessen im Blick zu behalten. „Dabei ist es gut, Mut zu haben.“

Für ein neues Wachstumsmodell plädiert die SPD in ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Beschlüssen. Neues Wachstum sei allerdings nur denkbar, wenn dies auf Grundlage von Nachhaltigkeit erfolge. dazu gehören der effiziente Umgang mit Rohstoffen sowie der schrittweise Umstieg auf nachwachsende Rohstoffe und ihre nachhaltige Herstellung. Mit dem neuen Wachstum soll das Ziel der Vollbeschäftigung verwirklicht werden. Eine Voraussetzung dafür ist die deutliche Anhebung der Investitionsquote der Unternehmen. Wo der Markt versagt, hält die SPD neue Anreize und Instrumente für nötig, damit in Produkte von Morgen investiert wird. Um die Binnennachfrage anzukurbeln, soll sich die Lohnentwicklung konsequent an der Produktivität orientieren. Ein gesetzlicher Mindestlohn sowie eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung müssten dazu durchgesetzt werden – eingebettet in eine verbesserte Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik.

STEINBRÜCK: SOZIALE BALANCE UND WIRTSCHAFTSKOMPETENZ

Der frühere Finanzminister Peer Steinbrück fordert seine Partei dazu auf, glaubwürdige und kompetente Angebote an Existenzgründer, Mittelständler und an gut ausgebildete junge Frauen und Männer zu machen. „Es reicht nicht aus über die Interessen von Rentner und Hartz-IV-Empfängern zu reden. Wir müssen den 20- bis 30-Jährigen sagen können, wie wir uns ihre Zukunft vorstellen“, sagte er.

Wenn die SPD Volkspartei bleiben und bei Wahlen wieder dauerhaft über 30 Prozent gewinnen wolle, müsse die Partei drei Dinge erreichen: die soziale Balance wieder herstellen, wirtschaftliche Kompetenz in-



Ulrike Sommer und Dilek Kolat. Fotos: Jänen

haltlich und personell besetzen und Plattform für die großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sein.

Steinbrück unterstützte die Forderung nach einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Einkommen ab 100.000 Euro auf 49 Prozent. Als eigene Fehleinschätzung in der Vergangenheit räumte er ein, dass die Steuer auf Kapitaleinkünfte mit 25 Prozent zu niedrig liege,

Leih- und Zeitarbeit soll wieder auf ihren eigentlichen Zweck zurückgeführt werden und damit begrenzt werden, fordert die SPD in einem arbeitsmarktpolitischen Antrag. Eine klare Absage erteilt die SPD dem Ansatz, das Lohnabstandsgebot durch Kürzungen in der Grundsicherung zu gewährleisten.

Für Langzeitarbeitslose sollen 200.000 neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden, bei denen aber sichergestellt sein muss, dass sie keine reguläre Beschäftigung vernichten. Der Anspruch auf das Arbeitslosengeld I soll bei beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen bis zu zwölf Monate verlängert werden.

KRITIK AM ATOMDEAL DER BUNDESREGIERUNG

In einer Resolution zum Atomdeal kritisierten die Parteitagsdelegierten die Kehrtwende der schwarz-gelben Bundesregierung beim Atomausstieg und erinnerten an die Erfolge im Bereich der erneuerbaren Energien: „Mit dem Beschluss der Bundesregierung, die älteren Atomkraftwerke mindestens 8 Jahre und jüngere Atomkraftwerke mindestens 14 Jahre länger am Netz zu lassen, verscherbelt die Kanzlerin all diese Erfolge für Deutschland an die Atomlobby. Die schwarz-gelbe Regierung sorgt dafür, dass die Energieversorgung wieder fest in der Hand der AKW-Betreiber liegt, die kommunalen Versorger haben das Nachsehen.“ **BS**

Zuwanderung

„Für die Schwächsten stark machen“

Diskussion zur Integrationspolitik - Parteitag beschloss Resolution

Aufgabe der Sozialdemokratie sei es, sich für die schwächsten Glieder der Gesellschaft stark zu machen – und das seien nun mal die Kinder, sagte Neuköllns Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky auf der Expertendiskussion zum Thema Integration unmittelbar vor Beginn des Parteitags.

Das Bildungssystem sei nicht dafür geschaffen, die Probleme im Bereich der Integration zu lösen, so Buschkowsky. Er rief dazu auf, das bisherige System umzukrempeln. In Berlin seien „die Dinge auf dem richtigen Weg“. Mit der Gebührenfreiheit in Kitas und der Schulreform seien die Weichen gut gestellt.

Für Buschkowsky ist ebenfalls klar: Die Kitapflicht ab dem 1. Lebensjahr muss kommen. Er verwies auf Untersuchungen, nach denen die Wahrscheinlichkeit, das Abitur zu machen, um 80 Prozent steige, wenn Kinder aus „Elternhäusern mit bildungsschwachem Hintergrund“, bereits mit einem Jahr eine Kindertagesstätte besuchen.

Mit einer Resolution zur Integrationspolitik, eingebracht und begründet vom stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Klaus Wo-



Heinz Buschkowsky auf dem Bundesparteitag.
Foto: Jürgen Jänen

wereit, bezog auch der Parteitag Position. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit forderte in seiner Rede mehr Sachlichkeit in der Integrationsdebatte. „Integration ist in Deutschland nicht gescheitert, sondern millionenfach erfolgreich gewesen. Diesen Erfolg lassen wir uns nicht wegschwatzen durch populistische Parolen“ Es gebe auch Menschen, die unser System ausnutzen wollten“, sagte Wowereit. Das betreffe aber Migranten ebenso wie Deutsche. Der Missbrauch der

Sozialsysteme werde entsprechend sanktioniert. Dafür reichten die bestehenden Gesetze aber aus, so Wowereit.

In ihrer Resolution macht die SPD deutlich, dass die Gesellschaft bei der Integration helfen, müsse, dass sie aber die Zuwanderer in die Pflicht nehmen müsse. Der ersten Generation der Zuwanderer wird ausdrücklich für ihre Lebensleistung Respekt und Anerkennung gezollt. Das Denken in Kategorien von „ihr“ und „wir“ müsse überwunden werden.

„Doch nicht alles ist gut und nicht alles funktioniert von allein“, heißt es zugleich in der Resolution „Wir verschließen nicht die Augen vor Problemen und Konflikten: Wo Integration misslingt, fehlt es an der Achtung demokratischer Grundwerte, an Sprachkenntnissen, an Bildung und an Chancen auf dem Arbeitsmarkt.“ Deutlich werden aber auch die jahrzehntelangen Versäumnisse vor allem in der Ära Kohl benannt: „Gezielte Einwanderung in die Bundesrepublik gibt es seit 1955, echte Integrationspolitik seit knapp 10 Jahren.“ Wenn jetzt Ängste und Sorgen auf bestimmte Ethnien und „den Islam“ projiziert werden, dann sei das „brandgefährlich“. **BS** □

Vier Fragen zu Thilo Sarrazin

Jan Rauchfuß: Gegen den „Nützlichkeits-Rassismus“ angehen

Wenn dieser Artikel erscheint, ist Sarrazin nicht mehr Bundesbankvorstand, das Ausschlussverfahren aus der SPD ist eingeleitet. Dieser Artikel versucht vier selbst gestellte Fragen zu beantworten, um die sich die Diskussion zu Sarrazin dreht.

1) Spricht Sarrazin Wahrheiten aus, die wir nur nicht hören wollen?

Nein. Erstens hat Thilo Sarrazin schlicht Unrecht. Die Fakten, die er in seinem Buch verwendet, sind teils veraltet, teils in falschen Zusammenhängen wiedergegeben. Kein Wunder, dass sich kurz nach der Veröffentlichung StatistikerInnen beklagen, sie seien nicht korrekt zitiert. Und zweitens: Über nichts ist in Berlin in den letzten 10 Jahren mehr gesprochen worden, als über die Integration. Dabei gibt es viele positive Beispiele. Es gibt auch Defizite, die beinahe täglich diskutiert werden. Wer glaubt, die Probleme in der Integrationspolitik würden verschwiegen werden, hat lange nicht zugehört. Wer glaubt, er müsste ein Tabu brechen, wollte nicht zuhören.

2) Leistet Sarrazin einen Beitrag zu einer besseren Integrationspolitik?

Ebenfalls nein. Sarrazin beschreibt keine tatsächlichen Probleme, er konstruiert vielmehr eigene, für die er dann radikale Lösungen anbietet. Würden wir seiner Argumentation folgen, könnten wir jegliche integrationspolitische Bemühung einstellen: „Die Türken“ und „die Araber“ wären weder willens noch in der Lage diese Bemühungen anzuerkennen.

Folglich bietet Sarrazin einfache Lösungen an: Zuwanderungsstopp - Kürzung von Sozialleistungen - Abschiebung. Eine regelrechte Ohrfeige für alle, die sich für eine sozialdemokratische Integrationspolitik engagieren.

3) Rassismus oder Meinungsfreiheit? Müssen wir Sarrazin ertragen?

Nur bedingt. Die Äußerungen sind rassistisch. Sarrazin bildet anhand von Herkunft und Religionszugehörigkeit homogene Gruppen, zwischen denen er Ungleichwertigkeiten herstellt. Hier findet sich der Gedanke der „Volksgemeinschaft“ wieder. Die Unterteilung in produktive und unpro-

duktive Gruppen entspricht einem klassischen Nützlichkeits-Rassismus. Fazit: Stammesforschung ist etwas für die Steinzeit. Es geht nicht darum, Thilo Sarrazin den Mund zu verbieten. Aber die Proteste gegen seine Hetze sind notwendig - auch um die Menschen zu schützen, die durch ihn in ihrer Würde verletzt werden.

4) Löst ein Parteiausschluss das Problem?

Ja und nein. Die wiederholten, rassistischen Äußerungen von Sarrazin laufen den Grundsätzen der Sozialdemokratie entgegen. Sie schädigen die SPD. Für Thilo Sarrazin darf deshalb kein Platz in unserer Partei sein. Gleichwohl ist der angerichtete Schaden schon jetzt größer.

Die zahlreichen Neueintritte bei „Pro Deutschland“ und das „Salonfähigkeits“-Gequatsche der NPD zeigen deutlich, welche Karte Sarrazin ausgespielt hat. In seinem Windschatten werden andere versuchen, politisch Kapital zu schlagen. Diesem Problem werden wir uns stellen müssen, wenn Sarrazin vom Feld gegangen ist.

Jan Rauchfuß □

Hochschule:

„Berlin sollte Vorreiter werden“

Swen Schulz fordert Zentren für islamische Studien an deutschen Universitäten

Es gibt Dinge, die werden nicht hinterfragt. Weil sie immer schon so waren und man gar nicht auf andere Ideen kommt. Doch der Wissenschaftsrat hat sich kürzlich einer sehr interessanten Frage gestellt: Warum werden in Deutschland eigentlich vom Staat keine Islamlehrerinnen und -lehrer sowie Imame ausgebildet? Warum gibt es keine islamische Theologie an Deutschlands Universitäten?

Die Antwort scheint klar zu sein: Weil wir ein Land mit christlichen Wurzeln und Traditionen sind. Aber was ist mit der Gleichbehandlung der Religionen? Der Islam wird praktiziert - von Millionen Gläubigen in Deutschland. Wer unterrichtet ihn? Wer hält die Predigten? Ist es sinnvoll, dass sich der Staat - anders als bei den christlichen Kirchen - da heraushält (oder außen vor bleibt)?

EIN STARKER BEITRAG FÜR DIE INTEGRATION

Der Wissenschaftsrat hat eine klare Position bezogen: Er will an Universitäten Zentren für Islamische Studien einrichten lassen. Und ich bin sicher: Das wird ein starker Beitrag für die Integration und für das gute Zusammenleben, wenn wir dem Vorschlag des Wissenschaftsrates folgen.

In der öffentlichen Debatte wird häufig über Pflichten und Sanktionen gesprochen, um die Integration zu verbessern. Das ist an verschiedenen Stellen sinnvoll. Doch wird dabei allzu häufig vergessen, dass ohne gegenseitigen Respekt und Toleranz kein Zusammenleben möglich ist. Ein wichtiges Element ist der Umgang mit dem unterschiedlichen Glauben. Die Debatten über Muslimas und Muslime in Deutschland sind oftmals von Ressentiments geprägt; eine gewisse „Islamferne“ ist erkennbar. Umgekehrt gibt es offenkundig ähnliche Effekte bei Muslimas und Muslimen.

Dem muss sich die Gesellschaft stellen. Der Islam ist in Deutschland ein Zukunftsthema. Der Islam ist ein Teil der deutschen Gesellschaft geworden. Für viele Menschen ist er spiritueller Bezugspunkt - ebenso wie es für Christen oder Juden ihre Religion ist. Es geht um die Gestaltung einer lebendigen, demokratischen und sozialen Gesellschaft. Dem „europäischen Islam“ fehlt jedoch bis heute ein offener, sachlicher und öffentlicher Diskurs.

Die durch die Grundrechte gewährte allgemeine Religionsfreiheit muss daher nicht nur in Bezug auf die private Religi-



Swen Schulz ist bildungspolitischer Experte der SPD-Bundestagsfraktion.

onsausübung gelten. Nur durch eine - auch wissenschaftliche - Auseinandersetzung mit den Fragen, Konflikten und Chancen dieser Religionsgemeinschaft ist es möglich, gegenseitiges Verständnis zu ermöglichen und dabei Verständigung und Zusammenleben in einer Gesellschaft der Vielfalt zu fördern. Wir müssen darum aktiv werden und auf eine Förderung von neuen Strukturen und die Gleichbehandlung des Islam als Glaubensgemeinschaft im öffentlichen Raum hinwirken. Die islamische Theologie wiederum ist gefordert, demokratische Grundwerte stärker in ihr Selbstverständnis zu integrieren und sich in den öffentlichen Diskurs einzuschalten. Beides kann über die Schaffung von interdisziplinären Ausbildungs- und Forschungszentren im Bereich der islamischen Theologie gefördert werden.

WER BESTIMMT DIE INHALTE?

Die Einrichtung eines beratenden und pluralistisch zusammengesetzten Beirates ist ein Weg, der sowohl die Akzeptanz in der islamischen Religionsgemeinschaft sichert, als auch die Islam-Studien stärker mit der Gesellschaft verzahnt. Der bekenntnisneutrale Staat kann nicht die alleinige Verantwortung für die Inhalte des Theologiestudiums oder der Religionslehrausbildung übernehmen. Er darf jedoch die Fragen von Religion nicht allein den Religionsgemeinschaften überlassen. Der gesellschaftlichen Verantwortung muss hier Sorge getragen werden. Deshalb muss gewährleistet sein, dass die ausgeübte Religionslehre der freiheitlich demokratischen Grundordnung nicht widerspricht und aufgeklärtes Religionswissen schafft.

Neben der Ausbildung von jungen Nachwuchswissenschaftlern ist auch die Ausbildung von Religionsgelehrten und Lehrkräften das Ziel dieser bekenntnisorientierten Studien. Der aktuelle Zustand, dass

Imame und Lehrkräfte ausschließlich privat bzw. im Ausland ausgebildet werden, muss geändert werden. Gerade angesichts des absehbar wachsenden Bedarfes an Lehrkräften für schulischen Islam-Unterricht und aufgrund der Tatsache, dass Imame eine wichtige Rolle für gelungene Integration und gegenseitiges Verständnis spielen können, ist die Ausbildung an deutschen staatlichen Universitäten dringend angezeigt. Gerade bei der Vermittlung von Glaubensfragen muss auf eine weltoffene, pluralistische und integrative Lehre hingewirkt werden. Die Gesellschaft darf deshalb Religionsfragen nicht allein privaten Einrichtungen überlassen. Auch bei der Ausbildung und Beschäftigung von Imamen bzw. Lehrkräften ist die Zusammenarbeit mit den Verbänden nötig.

MIT GLEICHEN RECHTEN UND PFLICHTEN

Letztlich ist unabweisbar, dass dem Islam die gleichen Rechte und Pflichten wie anderen Religionsgemeinschaften gewährt bzw. auferlegt werden müssen - auch und gerade an den Schulen und bei der Ausbildung von Gelehrten. Dafür spricht schon ein zentraler Grundsatz: Die Gleichbehandlung. Und am Ende wird es ohne Gleichbehandlung und Akzeptanz auch keine vollkommen gelungene Integration geben. Die Integration der islamischen Religion in die Gesellschaft und den Wissenschafts- und Bildungsbereich ist daher ein wichtiges Zukunftsprojekt. Die Förderung einer pluralistischen, diskursiven und weltoffenen Gesellschaft ist dabei das übergeordnete Ziel, zu dem Islam-Studien einen wichtigen Beitrag leisten können. Gerade für die breite Akzeptanz bei dem steigenden Bevölkerungsanteil mit Migrations- und islamischem Hintergrund wird eine öffentliche Anerkennung und Kooperation in diesen Bereichen einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten und das friedliche und tolerante Zusammenleben in Vielfalt stärken. Wir verschließen nicht die Augen vor Problemen - auch nicht vor denen, die von Muslimen verursacht werden. Beide Seiten, Mehrheitsgesellschaft wie Muslime, müssen erhebliche Anstrengungen leisten. Im Rahmen von Islam-Studien ist dies für alle möglich. Berlin sollte hier eine Vorreiterrolle übernehmen und ein Zentrum für Islamische Studien gründen. Wo wenn nicht in Berlin, wo Wissenschaft, Hochschulen und gesellschaftliche Brüche so stark sind?!

Swen Schulz □

Gesundheit:

„Das ist Lobbypolitik pur“

Mechthild Rawert: Medikamente werden weder sicherer noch billiger

Die Gesundheitspolitik der Schwarz-Gelben Koalition ist ein riesiges Umverteilungs- und Belastungsprogramm gegen die Bürgerinnen und Bürger zu Lasten der gesetzlich Versicherten. Gewerkschaften, Sozialverbänden und SPD-Gesundheitspolitiker rufen jetzt gemeinsam zu einem „Heißen Herbst“ auf.

SPD GEGEN DIE GEPLANTE
NEUORDNUNG DES
ARZNEIMITTELMARKTES

Lobbypolitik pur ist der seit Anfang Juli in der parlamentarischen Beratung befindliche „Gesetzentwurf zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes in der gesetzlichen Krankenversicherung (AMNOG)“. Pharmaunternehmen weisen den Nutzen eines neuen innovativen Arzneimittels anhand eigener Dossiers selber nach und setzen für ein Jahr den Preis - gewinnbringend auch ohne schon festgestellten Zusatznutzen - selbst fest. Erst später findet eine Kosten-Nutzen-Prüfung zwischen Unternehmen und Krankenkassen statt, kommt es zu einem Festpreis analog vergleichbarer Medikamente. Kommt keine Einigung zustande, entscheidet eine Schiedsstelle. Mit dem am 01.01.2011 in Kraft tretenden Gesetz sollen zwei Milliarden Euro eingespart werden. Dem Gesundheitsausschuss liegen Änderungsanträge der Opposition aber auch 20 Änderungsanträge von CDU/CSU und FDP vor. Die öffentliche Anhörung zum AMNOG fand am 29. September statt.

Das AMNOG schränkt den Wettbewerb im Arzneimittelmarkt ein, schwächt die GKV und verhindert eine wissenschaftlich fundierte, unabhängige Kosten-Nutzen-Bewertung neuartiger Arzneimittel. Unerträglich, dass sich die Preise für sogenannte innovative Medikamente zumeist aus einem 2/3-Anteil für Marketing und Vertrieb und nur einem 1/3-Anteil realer Forschungskosten zusammensetzen.

DIE UNABHÄNGIGE
ARZNEIMITTELBEWERTUNG
WIRD GESCHWÄCHT

Die Pharmaunternehmen selber stellen die Dossiers für die Bewertung des Nutzens neuartiger Arzneimittel zusammen. Studienprotokolle unterliegen allerdings nicht der Veröffentlichungspflicht. Erst durch diese kann aber abschließend bewertet werden, ob Verlauf und Ergebnisse der Untersuchung mit den publizierten Dossier-Daten übereinstimmen. Bisher wurde der



Ruft zu einem „Heißen Herbst“ auf: die SPD-Gesundheitspolitikerin Mechthild Rawert.

Zusatznutzen neuer patentgeschützter Medikamente vom 2004 gegründeten wissenschaftlichen Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) und vom unabhängigen Gemeinsamen Bundesausschuss bewertet. Nun schwächt das Bundesgesundheitsministerium diese Institutionen ausdrücklich und zieht qua Rechtsverordnung das Verfahren an sich.

Wir SozialdemokratInnen sind überzeugt: Damit bleiben deutsche Arzneimittelpreise übersteuert. Die Angleichung der Preise auf den europäischen Durchschnittspreis wird so nicht funktionieren. Wir wollen sofort zum Zeitpunkt der Markteinführung eine hohe qualitätsorientierte Messlatte zum tatsächlichen Zusatznutzen. Wir wollen keine Scheininnovationen, sondern Anreize setzen, damit pharmazeutische Unternehmen sich um die Erforschung tatsächlich innovativer Medikamente kümmern.

KRANKENKASSEN SOLLEN DEM
KARTELLRECHT UNTERGEORDNET
WERDEN

Krankenkassen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts mit öffentlichem Versorgungsauftrag und unterliegen als Teil der Sozialversicherung nicht dem Kartellrecht. Das AMNOG will das ändern: Das europäische Kartellrecht soll demnächst auch für Krankenkassen gelten. Der Bundesrat unterstützt diese Ausweitung nicht, wird aber sowieso aus dem Gesetzesverfahren herausgehalten.

Wir SozialdemokratInnen halten die Übertragung privatwirtschaftlicher Normen auf die Krankenkassen für verfassungswidrig. Die Verhandlungsmacht der Kassen wird geschwächt. Vor allem die

AOK wird nicht mehr im bisher möglichen Ausmaß in der Lage sein, mittels des Instrument Rabattverträge für Generika (wirkstoffgleiche Kopien eines bereits auf dem Markt befindlichen Medikaments) die Preise im Interesse der Versicherten zu reduzieren. Mittels Rabattverträgen wurden in den letzten drei Jahren Milliarden für Medikamente eingespart. Schwarz-Gelb nimmt den Rabattverträgen ihre Wirkung, will GKV-Kassen ausbremsen, BKK-Kassen und die PKV aber stärken.

RABATTVERTRÄGE SCHWÄCHEN
BEDEUTET HÖHERE
MEDIKAMENTENZUZAHLUNG

Folge der kartellrechtlichen Neuregelung sind höhere Zusatzbeiträge. Höhere Zuzahlungen bei den Medikamenten folgen, denn das PKV-Prinzip der Kostenerstattung wird ausgeweitet. Gemäß AMNOG erhalten PatientInnen, die sich in der Apotheke gegen ein rabattiertes Medikament entscheiden, einen Teil der Kosten von der Krankenkasse zurück. Die Folgen für alle gesetzlich Versicherten sind brisant: Die Wirkung der Rabattverträge für alle wird untergraben, Generika werden durch unnötige Verwaltungskosten insgesamt teurer, kleinere regionale Generikaanbieter vom Markt verdrängt.

Fazit: Eine Teuerungsspirale vor allem zu Lasten von Geringverdienenden wird in Gang gesetzt.

BUNDESGESUNDHEITSMINISTER
RÖSLER ZERSTÖRT DIE
GESETZLICHE SOLIDARISCHE
KRANKENVERSICHERUNG

Schwarz-Gelb blutet die Gesetzlichen Krankenkassen zugunsten der Privaten Krankenversicherung aus. Die PKV profitiert mit dem AMNOG von den guten GKV-Preisverhandlungserfolgen bei den Arzneimitteln. Das ist kein Wettbewerb zwischen Kassensystemen sondern PKV-Privilegierung.

Derzeit beraten wird auch das „Gesetz zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzierungsgesetz)“, damit auch dieses zum 1.1.2011 in Kraft treten kann. Der angekündigte Sozialausgleich ist wohlfeile Rhetorik. Sicher ist, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, RentnerInnen, sozial Schwache, chronische Kranke und Behinderte, die Melkkühe einerseits und LastenträgerInnen andererseits sind.

Mechthild Rawert □

Daseinsvorsorge:

Mehr Einnahmen sind möglich

Hans Willi Weinzen: Kein Rabatt mehr bei der Konzessionsabgabe der Wasserbetriebe

Wenn man Straßen benutzt, die einem nicht gehören, muss man manchmal feste dafür zahlen. So funktioniert das zumindest bei Monopoly, dem klassischen Brettspiel. In Berlin funktioniert das ähnlich, zumindest wenn man unter der Straße Wasserleitungen vergräbt und betreibt. Etwas ist jedoch anders: Während beim Brettspiel die Spielregel Mieten samt Multiplikatoren vorgibt und niemand im Traum an Rabatte denkt, gibt es im Haushaltsnotlageland Berlin reichlich Rabatt.

Um nicht mißverstanden zu werden: Die teilprivatisierten Berliner Wasserbetriebe zahlen durchaus etwas Konzessionsabgabe für die Einräumung des Rechts, öffentliche Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen zu benutzen, die der unmittelbaren Versorgung von Letztverbrauchern im Gebiet Berlins dienen.

RAHMEN WIRD NICHT
AUSGESCHÖPFT

Die Spielregel ist vorkonstitutionell, die Anordnung über die Zulässigkeit von Konzessionsabgaben der Unternehmen und Betriebe zur Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wasser an Gemeinden und Gemeindeverbände stammt vom 04. März 1941 (Reichsanzeiger 1941, Nr. 57, S. 120). Sie bietet bis heute den Kommunen die Möglichkeit, privatrechtliche Wegenutzungsentgelte in erheblicher Höhe zu erhalten. Nach § 2 Abs.2 Satz 1 kann diese sog. Konzessionsabgabe bei Gemeinden mit über 500.000 Einwohnern bis zu 18 % der Entgelte betragen. Dieser Rahmen wird in Berlin bislang erkennbar und bei weitem nicht ausgeschöpft.

In Hamburg, das gut halb so viele Einwohner wie Berlin zählt, zahlen die Hamburger Wasserbetriebe im laufenden Jahr 2010 ausweislich Titel 122 04 in Kapitel 63 00 des dortigen Haushalts mit 27,7 Mio. € absolut fast doppelt so viel, im Verhältnis zur Einwohnerzahl sogar fast vier Mal so viel wie die Berliner Wasserbetriebe in Berlin. Für Berlin würden sich bei einer Hamburger Praxis überschlägig etwa 60 Mio. € an möglicher Einnahme aus der Konzessionsabgabe ergeben.

In Berlin sind jedoch im laufenden Jahr 2010 sowie für 2011 lediglich jeweils 14,8 Mio. € im Einzelplan der Senatsverwaltung für Finanzen in Kapitel 15 10 Titel 122 08 veranschlagt. In der Erläuterung dazu wird lediglich allgemein auf die Konzessionsabgabenanordnung und allgemein auf den der Öffentlichkeit bislang nicht bekanntge-



Baustelle Wasserbetriebe.

Foto: Horb

machten Konsortialvertrag vom 14. Juni 1999 zwischen dem Land Berlin und den Investoren RWE und Vivendi (jetzt: Veolia) verwiesen.

ALLE EINNAHMEPOTENTIALE
AUSSCHÖPFEN

Inwieweit dieser Konsortialvertrag zusichert, den durch die Konzessionsabgabenanordnung vorgegebenen möglichen Rahmen zum Schaden des Berliner Haushalts nicht oder nur teilweise auszuschöpfen, ist bislang nicht bekannt. Ggfs. wäre hier umgehend nachzusteuern und/oder nachzuverhandeln. Nachdem die aus Bundeshilfzeiten überkommene, ebenfalls eher symbolische Konzessionsabgabe beim Strom vor Jahren beendet werden konnte - dieses Jahr sind in Kapitel 15 10 Titel 122 02 immerhin 132,5 Mio. Euro veranschlagt - muss auch beim Wasser Schluß damit sein. Ohnehin stehen mit Auslaufen der Konzessio-

nen für Strom und Gas auch die Konzessionsabgaben wieder auf dem Prüfstand. Das Verfassungsgericht hatte doch vor einiger Zeit das Haushaltsnotlageland Berlin verpflichtet, alle Einnahmepotentiale auszuschöpfen, oder?

Um zu vermeiden, dass eine stärkere Ausschöpfung des ungenutzten Einnahmepotentials der Konzessionsabgabe auf die Tarife für die ohnehin durch die Wasserbetriebe gebeutelten Berliner Verbraucherinnen und Verbraucher durchschlägt, ist im Gegenzug die bislang preistreibende kurze Dauer der Abschreibungszeiträume für Anlagen und Netz entsprechend zu verlängern. Damit würde im übrigen auch ein bereits am 24. April 2010 vom Koalitionspartner auf seinem Landesparteitag beschlossener Prüfauftrag zur Abschreibungsdauer erfüllt.

Der Senat sollte vom Landesparteitag aufgefordert werden, die Konzessionsabgabe für die Berliner Wasserbetriebe auf das in Hamburg übliche zu erhöhen und zugleich die Abschreibungspraxis so zu verändern, dass die Tarife für den privaten Endverbraucher dadurch nicht erhöht werden. Auf die Wechselwirkung von Konzessionsabgabe, Steuer und Grundwasserentnahmeentgelt ist ebenfalls zu achten. Im Ergebnis muss die Verkaufsbereitschaft der privaten Beteiligten an den Berliner Wasserbetrieben gefördert werden.

Dr. Hans Willi Weinzen □

➔ mehr zu Berliner Konzessionsabgaben in: Hans Willi Weinzen: Berlin in der Finanzkrise - Bilanz einer Sanierungsstrategie, Berlin 2007, ISBN 978-3-8305-1445-9, S. 177 ff

Geld zurück?

Swen Schulz: Falsche Wasserrechnungen durch zu große Zähler

„Viele Hauseigentümer zahlen zu viel Geld an die Berliner Wasserbetriebe (BWB)“, stellt der Spandauer Bundestagsabgeordnete Swen Schulz (SPD) fest. Grund ist ein häufig zu großer Wasserzähler.

Die BWB hatten zum 1.7.2007 die Wassertarife wieder in Grund- und Mengenpreis unterteilt. Der Grundpreis richtet sich nach der Größe des Wasserzählers. In vielen Häusern befindet sich aber ein zu großer Zähler. „In diesen Fällen werden oft über 200 € im Jahr zu viel an die Wasserbetriebe gezahlt“, so Schulz. Wie er auf Anfrage vom Vorstand der BWB erfuhr, können alle Hauseigentümer die vorhan-

dene Zählergröße kostenfrei überprüfen lassen. Hierzu muss lediglich ein Formular ausgefüllt werden, das unter der kostenfreien Rufnummer 0800 2927587 angefordert werden kann.

„Die Berliner Wasserbetriebe haben mir zugesagt, dass aus Kulanz sogar eine rückwirkende Rechnungskorrektur vorgenommen wird, wenn sich herausstellt, dass ein kleinerer Zähler ausreichend ist“, erklärte Swen Schulz. „Ich empfehle daher allen Hauseigentümern von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, um unnötige Kosten zu sparen. Mieter sollten bei ihren Vermietern eine Prüfung verlangen.“

PM □

Daseinsvorsorge:

„Die Flanken schließen“

Ergebnisse einer Klausurtagung der „Berliner Mitte“

Schwerpunkte und Strategien der Berliner SPD bis zur Abgeordnetenhaus-Wahl im September 2011 und die sozialdemokratische Hauptstadtspolitik darüber hinaus, standen im Mittelpunkt einer Klausurtagung der „Berliner Mitte“. Hierzu waren eine Reihe fachkundiger Landes- und Kommunalpolitiker geladen, unter ihnen der Berliner Finanzsenator Ulrich Nußbaum.

Das weit gefächerte Thema „Daseinsvorsorge“ mit den Bereichen Wasser, Energie (Strom, Gas und Wärme), Mobilität und öffentlicher Nahverkehr (u.a. S-Bahn) und Wohnen bot Anlass zu umfassender Diskussion. Zumal das Strategiepapier des SPD-Landesvorsitzenden Michael Müller ausreichend Raum bietet, von und mit der Öffentlichkeit diskutiert zu werden.

NUSSBAUM: WARNUNG VOR FALSCHEN HOFFNUNGEN

Finanzsenator Ulrich Nußbaum warnte jedoch davor, falsche Hoffnungen zu wecken: Für „Rekommunalisierungsmaßnahmen“ gebe es keinerlei Spielräume. Und eine Rückkehr zum Status quo ante sei wegen der schwierigen Vertragslage und der dramatisch veränderten Finanzsituation der öffentlichen Hand ohnehin nicht möglich. Zwar müsse jeder Teilbereich unter die Lupe genommen werden, mit dem Ziel, die Steuerung und Einflussnahme



Klausurtagung der „Berliner Mitte“: Renate Harant. Foto: BM

durch das Land Berlin zu verbessern, Preisenkungen - wie sie sich die meisten Bürgerinnen und Bürger wünschten -, seien aber bei einer Rekommunalisierung nicht zu erwarten.

Das brisante Thema der Integration spielte ebenfalls eine wichtige Rolle: Mit gutem Willen und erhöhtem Mittelaufwand, seien die offenkundigen Probleme jedenfalls nicht zu lösen. Der vorgelegte Entwurf eines Berliner Integrationsgesetzes sei - mit allen vorhandenen Defiziten - ein erster Anlauf in die richtige Richtung.

Mit Sascha Burucker von der Wohnungsgesellschaft GSW, hatte die „Berliner Mitte“ auch einen externen Gast eingeladen, der auf die Situation am Berliner Wohnungsmarkt eingehen sollte. Im Mittelpunkt

standen unter anderem die Probleme der Gentrifizierung und der steigenden Mieten in Berlin. Die Gäste waren sich in dem Fazit des langjährig in der Wohnwirtschaft tätigen Rudi Kujath weitestgehend einig, dass sich der Wohnungsmarkt in Berlin derart stark verändere, dass man auf absehbare Zeit wieder beginnen müsse, systematisch Wohnungen neu zu bauen. Insbesondere in den Sektoren „Familiäres Wohnen“ und im Bereich des sozialen Wohnungsbaus steige der Bedarf erheblich an. Mit Blick auf die Zukunft solle man daher in Erwägung ziehen, die innerstädtischen Freiflächen in Tempelhof und Tegel für sozial gerechten Wohnungsbau nutzbar zu machen. Der Berliner Liegenschaftsfonds dürfe in diesem Sinne nicht allein als Verkaufsinstrument angesehen werden, sondern müsse mittelfristig in ein Instrument künftiger Siedlungspolitik umgewandelt werden.

Mit Blick auf den bevorstehenden Wahlkampf, müsse man sich auf die Kernthemen der Auseinandersetzung konzentrieren. Insofern habe die Diskussion großen Sinn gemacht, meinte Jörg Stroedter, Kreisvorsitzender der Reinickendorfer SPD. Nun müsse sie intensiv in den Parteigremien und -gliederungen weitergeführt werden, damit „wir den Menschen im nächsten Jahr klipp und klar sagen können, was wir wollen“, so Stroedter abschließend.

Dirk König und Alexander Kulpok □

Pensionszahlungen:

Verfehlte Kürzungspläne der Grünen

Doro Zinke: Beamte dürfen nicht unter jahrzehntelangen Versäumnissen leiden

„Die Beamtenversorgung ist nicht teurer als die Rentenversicherung“, erklärte die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin-Brandenburg (DGB), Doro Zinke, anlässlich des vergangenen Woche im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses vorgestellten Versorgungsberichts.

„Die Herausforderungen, vor denen die Haushaltspolitik steht, sind größtenteils hausgemacht“, monierte Zinke. Bei einem Beamten spare sich das Land den Rentenversicherungsbeitrag. Dieses Geld wurde jahrzehntelang für andere Projekte ausgegeben anstatt Rücklagen zu bilden. „Diese Versäumnisse dürfen nicht zu Lasten der Beamtinnen und Beamten gehen. Sie haben hart für ihr Recht auf eine Altersversorgung gearbeitet“, sagte Zinke. Nun sei es höchste Zeit, mehr Mittel für die Versor-

gungsverpflichtungen des Landes zurückzulegen.

Die aus den Reihen der Grünen geforderten Pensionskürzungen nannte Zinke „verfehlt“. „Die Vorkerungen im Rentensystem für die demografische Entwicklung wurden in der Beamtenversorgung nachgezeichnet“, stellte die DGB-Vorsitzende fest. Teile vergangener Besoldungserhöhungen seien bereits in die Versorgungsrücklage geflossen und nicht auf das Konto der Beamtinnen und Beamten.



Doro Zinke, DGB-Vorsitzende in Berlin-Brandenburg.

Zukünftige Kürzungen stünden schon jetzt im Gesetz.

„Im Vergleich zur Rente und den Pensionen in anderen Ländern haben unsere Berliner Beamtinnen und Beamten schon jetzt die größten Einschnitte hinnehmen müssen“, kritisierte Zinke. Zwischen 2004 und 2010 habe es bei der Beamtenversorgung im Gegensatz zur gesetzlichen Rente keine Erhöhungen gegeben. Das Berliner Versorgungsniveau sei bundesweit das niedrigste.

Die DGB-Vorsitzende mahnte in der medialen Diskussion mehr Sachlichkeit an. „Wer die Versorgungsausgaben auf 15 Jahre hochrechnet, kann das nicht mit dem Haushaltsvolumen von heute vergleichen. In den letzten 15 Jahren ist das Steueraufkommen ja beispielsweise auch um 30 % gestiegen“, so Zinke. **PM** □

Roman zur Zwangsvereinigung:

Neuanfang, Verrat und Liebe

Werner Sonnes „Und der Zukunft zugewandt“

Es sind die letzten Tage des Nazi-Terrors, in die Werner Sonne seine Leserinnen und Leser führt. KZ-Gefangene sind - angetrieben von ihren Bewachern - auf einem Marsch, der für viele mit dem Tod endet. Politische Häftlinge, die sich in SPD oder KPD engagiert hatten, jüdische Gefangene, sie halten im Kampf um das Überleben zusammen. Und dann treffen sie tatsächlich auf ihre Befreier - die Rote Armee. Deutschland steht vor einem Neuanfang.

Werner Sonne beschreibt die großen Hoffnungen von Menschen, die in das zerstörte Berlin zurückkehren. Sein Roman ist die Liebesgeschichte von Klaus Weinert, einem jungen Sozialdemokraten, der das Konzentrationslager Sachsenhausen überlebt hat, und der Halbjüdin Rebecca Miller, die er im KZ kennenlernte, es ist zugleich die Geschichte eines täglichen Überlebenskampfes. Und es ist auch die Geschichte des Scheiterns der Idee vom gemeinsamen Aufbau einer gerechteren Welt, auf die Sozialdemokraten und Kommunisten im KZ gehofft hatten. Mit klaren Vorgaben ist die Gruppe Ulbricht im Mai 1945 von Moskau nach Berlin gekommen, sie nimmt Schlüsselstellungen in der Verwaltung ein, gestützt und geschützt von der Roten Armee und ihrem Geheimdienst. Weinert, in Werner Sonnes Roman Redakteur der sozialde-

Werner Sonne, *Und der Zukunft zugewandt, Gebundene Ausgabe*, 300 Seiten, Bloomsbury
ISBN-13: 978-3827009081,
EUR 22,90



mokratische Tageszeitung „Das Volk“, ist offen für die Zusammenarbeit von SPD und KPD. Aber er erlebt auch die Einschüchterungen und willkürlichen Verhaftungen kritischer Parteigenossen, den stalinistischen Verfolgungsapparat. Die gerade wiedergewonnene Freiheit bleibt auf der Strecke. Und Weinert ist ein Jahr nach seiner Befreiung aus Sachsenhausen erneut dort inhaftiert, diesmal auf Geheiß des Geheimdienstes NKWD.

Schon Werner Sonnes 2008 erschienener Roman „Wenn ich dich vergesse, Jerusalem“ greift eine historische Umbruchsituation auf, die Gründung des Staates Israel. Für sein neues Buch hat er zahlreiche historische Quellen herangezogen, so liefert er ein stimmiges, aber auch komprimiertes

Bild der Konfliktfelder der Nachkriegstage. Vergewaltigung, Prostitution, Schwarzmarkthandel und der aufkommenden Kalte Krieg spielen darin ebenso eine Rolle wie der brutale Antisemitismus im Polen der Nachkriegszeit oder die unmenschlichen Haftbedingungen in den Lagern der sowjetischen Zone.

Die von vielen ersehnte Einheit der Arbeiterklasse sollte es nur zu den Bedingungen der KPD geben. Mit der Urabstimmung, die auf sowjetischen Druck in den östlichen Bezirken nicht stattfinden konnte, wehrte sich ein Großteil der SPD-Mitglieder dagegen, dass statt eines gleichberechtigten Zusammengehens eine Zwangsvereinigung bevorstand. Das war Grundlage für das tiefe Misstrauen, das die kommenden Jahrzehnte bestimmte. 2002 arbeiteten SPD und PDS in ihrem Koalitionsvertrag die Vergangenheit auf: „Für die Verfolgung von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und anderen Teilen der demokratischen Opposition, für deren Inhaftierung unter menschenunwürdigen Bedingungen bis hin zum Tod und für die Hinrichtungen Andersdenkender trägt die SED eine bleibende Schuld.“ Mit der Unterschrift unter diesem Satz schuf die Berliner PDS die Grundlage für eine Zusammenarbeit, die den Hauptfiguren in Werner Sonnes Roman sicher noch undenkbar erschienen wäre.

U. Horb □

Wohin treibt die Sozialdemokratie?

Franz Walter befasst sich mit den Veränderungsprozessen der SPD

Wohin treibt die Sozialdemokratie? Eine analytische und lesenswerte Antwort gibt der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter. Danach entfernt sich die Sozialdemokratie - nicht nur in Deutschland - von ihren Wurzeln.

Sie orientiert sich mehr und mehr an Mittelschichten, zumeist den Gewinnern ihrer eigenen Wohlstandspolitik; sie verliert dabei gerade jene aus dem Auge, die sozialdemokratische Politik besonders nötig hätten. Walter geht in seiner Analyse bis in die Endzeit der Kanzlerschaft Brandt zurück und fixiert darauf den Abstieg keynesianischer Politik, verursacht durch weltweite Öl-, Wirtschafts- und Währungskrise. Verändert habe sich seitdem auch die sozialdemokratische Wählerschaft. Zu einer erfolgreichen Phase sozialdemokratischer Politik geriet die zweite Hälfte der 60er Jahre, aber die sozialdemokratische Dominanz in Europa ist in den Folgejahren bis zur Eu-

Franz Walter, *Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie*, Edition Suhrkamp 2622, Berlin 2010, 142 Seiten, 12 Euro



ropawahl 2009 wieder verloren gegangen. Zu den Ursachen rechnet der Göttinger Politologe den Marsch von Mitte-Links nach Mitte-Rechts bei den meisten sozialdemokratischen Parteien Europas. Hinzu käme der Verlust der Deutungshoheit für soziale Entwicklungen, es mangle am überzeugenden gesellschaftspolitischen Modell,

für das die Sozialdemokratie unverwechselbar eintritt. Die Bindungskraft der Vision der sozialdemokratischen Urahnen hat keine zeitgemäße Entsprechung, ließe sich schlussfolgern. Walter sagt nicht schlicht: Agenda 2010 war schlecht, sondern er nennt den Kern des Problems: „Das Sozialdemokratische war der Lebensrealität unten in der Gesellschaft mehr und mehr entückt. Es wusste davon nicht mehr viel, hatte keine Antennen, keine Seismographen mehr dafür. Im unteren Drittel, allmählich auch im Übergangsbereich zum mittleren Drittel nahmen die Sorgen um das materielle Sein während der sozialdemokratischen Regierungsjahre zu, die Furcht vor Instabilität der fluide gewordenen Verhältnisse.“ Zugegeben, Franz Walters Analyse lässt den Leser recht ratlos zurück. Aber es ist eine kluge Analyse, die für den Diskurs hilfreich ist.

Gunter Lange □

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMIN E

■ 2.10.2010, 16:00 Uhr, Projekt Paris-Berlin, **Deutsch-Französisches Forum zur Genderpolitik in Deutschland und Frankreich**, Abgeordnetenhaus, Niederkirchner Str., Raum 376

■ 2.10.2010, 10:00 - 12:00, SPD Neukölln - Abt. Rixdorf, **Frühstück und Informationen für Arbeitslose**, Kiosk Reuter- Ecke Weserstraße, Reuterplatz, 12047 Berlin

■ 2.10.2010, 15:00, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. Neu-Westend, **Kiezspaziergang zu Zeugnissen der Deportation und des Widerstandes**, Treffpunkt Branitzer Platz 1, 14050 Berlin

■ 2.10.2010, 19:00, SPD Tempelhof-Schöneberg, **STOP THE WILDERS SHOW - Strategien gegen Rechtspopulismus**, Rathaus Schöneberg, John-F.-Kennedy-Saal, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin

■ 4.10.2010, 20:00, SPD-Fraktion, **Zukunft der Elektromobilität - Chance für Berlin**, Portland-Cement-Haus, Bürgersaal, Dönhoffstraße 38, 10318 Berlin. Im Rahmen seines Stadtteiltages lädt Andreas Köhler zu einer Veranstaltung mit Wolfgang Tiefensee, Mitglied des Deutschen Bundestages und Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung a. D. und Nicola Brüning, Leiterin der BMW-Konzernkommunikation.

■ 5.10.2010, 19:00, SPD Bundestagsfraktion vor Ort, **Finanzmarktkrise Wirtschaftskrise Verschuldungskrise. Wer zahlt die Kosten und wer trägt die Folgen?** mit Peer Steinbrück, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Anhörungssaal, Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1, 10117 Berlin. Mit den Mitgliedern der Landesgruppe Berlin, Mechthild Rawert, Swen Schulz, Petra Merkel, Wolfgang Thierse, Eva Högl und Peer Steinbrück, MdB, Bundesfinanzminister a.D. Anmeldung bitte unter: Wahlkreisbüro Mechthild Rawert (s. S. 14)

■ 6.10.2010, 18:30, **AG Migration, Mitgliederversammlung**, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin. Diskussion zur Integrations- und Zuwanderungspolitik, sowie zum Integrationsgesetz des Senats und Antragsberatung der Anträge zum Landesparteitag im November

■ 7.10.2010, 16:30, **DGB, Welttag für menschenwürdige Arbeit**, Kundgebung vor dem Berliner Congress Center am Alexanderplatz, 10178 Berlin. Im Anschluss an den DGB-Kapitalismuskongress Statement von Michael Sommer, Vorsitzender des DGB, Vertreter/innen der Gewerkschaften/Kampagne „Saubere Kleidung“

■ 7.10.2010, 19:00, August-Bebel-Institut, **Die Gegenwart des anticolonialen Kampfes der Mau Mau Bewegung - Dialogforum**, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin. Am 9. Oktober folgt ein Workshop. Anmeldungen bitte an info@august-bebel-institut.de, Tel. 4692 120.

■ 7.10.2010, 19:00, SPD Spandau, **Vernissage mit Werken von Anne Marie Stefanescu** (s. S. 16)

■ 8.10.2010, 15:00 - 18:00, **Mechthild Rawert, MdB Sprechstunde** (s. S. 14)

■ 9.10.2010, 10:00 - 17:00, **Die Gegenwart des anticolonialen Kampfes der Mau Mau Bewegung** - Workshop August-Bebel-Institut, (siehe 7.10.)

■ 13.10.2010, 14 bis 16, Seniorentreff der AG 60plus, **Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)** mit Vera Junker, Landesvorsitzende der ASJ und beruflich Oberstaatsanwältin o. Uhr Stiftung BSW, Panoramastr. 1, 10178 Bln.-Mitte, (am Alex), Zugang über den Hof, Aufgang li. 3. Etage

Bildung mit dem ABI

Das August-Bebel-Institut lädt zu einer Reihe von spannenden Seminaren, Workshops und Diskussionsveranstaltungen. Einige Angebote der nächsten Wochen:

■ **Mi 27. Oktober 2010, 19-21 Uhr. Chance Genossenschaft? - Wohnungsgenossenschaften in der sozialen Stadt.** Eine lebenswerte Stadt ist ohne guten und doch bezahlbaren Wohnraum für alle Bürger kaum vorstellbar. Die Gründung von Wohnungsgenossenschaften war schon vor Generationen eine Möglichkeit, Wohnraum langfristig vor Spekulation zu schützen. Wie stehen die Chancen dafür heute?

Leitung: Sabine Schneller, M.A., Geschichte, Mi 27. Oktober 2010, 19-21 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Berlin Wedding, beitragsfrei, Anmeldung erbeten bis 21. Oktober, Veranstaltung P32 unter www.august-bebel-institut.de oder per Telefon unter 030/4692-121.

■ **Sa 20. November 2010, 10-17 Uhr. Vielfalt gestalten - Diversity für die ehrenamtliche politische Arbeit.** „Managing Diversity“ bedeutet, Unterschiedlichkeit und menschliche Vielfalt als gesellschaftliches Potenzial wertzuschätzen und zu fördern, dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu entdecken und diese als Chance zu begreifen. Der Workshop lädt die Teilnehmenden dazu ein, ihre eigenen Erfahrungen einzubringen und neue Handlungsmöglichkeiten für den konstruktiven Umgang mit Vielfalt und Konfliktsituationen zu erarbeiten.

Leitung: Judy Gummich, Vinzenz Fengler, Berlin Wedding, Beitrag 10 € inkl. Verpflegung und Getränke, Anmeldung bis 8. November, Veranstaltung P36 unter www.august-bebel-institut.de oder per Telefon unter 030/4692-121.

➡ Das vollständige Programm unter www.august-bebel-institut.de

■ 19.10.2010, 19:30, Wolfgang Thierse, MdB, **Wolfgang Thierse trifft...Dr. Hans-Otto Bräutigam**, Diplomat, ehem. Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR, Landesminister a. D., Kulturbrauerei, Soda-Salon, Knaack- oder Sredzkistraße, 10435 Berlin

■ 20.10.2010 - 31.10.2010, August-Bebel-Institut, **Global, lokal, nicht egal! Wie Konsum die Welt verändert.** Seminar für junge Erwachsene ab 16 Jahren. Kladow, Berlin, Preis: 20 €, Anmeldungen bitte an info@august-bebel-institut.de, Tel. 4692 121.

■ 25.10.2010, 17:00, SPD Berlin, **3. Berliner Ideenkonferenz: „Verantwortung für das Gemeinwesen - Öffentliche Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung“**, JugendKulturZentrum PUMPE, Lützowstr.42, 10785 Berlin-Mitte. Anmeldung bitte unter <http://www.spd-berlin.de/ideenkonferenz3> (siehe auch Seite 3)

■ 27.10.2010, 09:00 - 10:00, **IG Metall, Alternative Anhörung zur Rente mit 67**, Kundgebung vor dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin. Weitere Informationen: www.berlin-brandenburg.dgb.de/herbstaktionen

■ 27.10.2010, 16:30, Selbst Aktiv - Netzwerk behinderter Menschen in der SPD, **Wahlen in Berlin 2011 - Was erwarten Menschen mit Behinderung von der SPD?** AWO Landesverband, Erdgeschoss, Blücherstr. 62, 10961 Berlin

■ 27.10.2010, 18:30 - 19:45, Wahlkreis-Stadteiltag: Thomas Isenberg MdB: Bürgerveranstaltung: **Sicherheit und Ordnung im Kiez**, Innensenator Dr. Ehrhard Körting, Hand-Günter Mahr, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BVV-Mitte, Thilo Geisler, 1. Vorsitzender Bürgerverein Hansaviertel e.V., Thomas Isenberg, MdB, Hansaplatz-Bibliothek, Hansaviertel, Altonaer Str. 15, 10557 Berlin

■ 27.10.2010, 11:00 - 12:30, Wahlkreis-Stadteiltag: Thomas Isenberg MdB, **Sprechstunde beim Erwerbslosenfrühstück**. Betroffenenladen, Lehrter Str. 27 - 30, 10557 Berlin

■ 27.10.2010, 19:00 - 21:00, August-Bebel-Institut, **Chance Genossenschaft? - Wohnungsgenossenschaften in der sozialen Stadt**, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin. Anmeldungen bitte an info@august-bebel-institut.de, Tel. 4692 121.

■ 28.10.2010, 19:00, AG Schwusos Berlin / Tom Schreiber (MdB), **(offene) Landesvorstandssitzung der AG Schwusos Berlin**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 161, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin

■ 31.10.2010, 15:00, SPD Treptow-Köpenick - AG Kultur, **Finissage - Zwischenstopp: Fantastische Figuren - Geschöpfe - Kreaturen**, SPD Kreisbüro Treptow-Köpenick - Gartenhaus, Grünauer Str. 8, 12557 Berlin. Eine Veranstaltung im Rahmen der interkulturellen Woche mit der Prager Künstlerin Michaela Bartanova.

■ aktuelle Termine der Berliner SPD im Internet: <http://www.spd-berlin.de/termine/>

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Malerische Szene

Galerie im KSH zeigt „Kreuzberger Mischung“

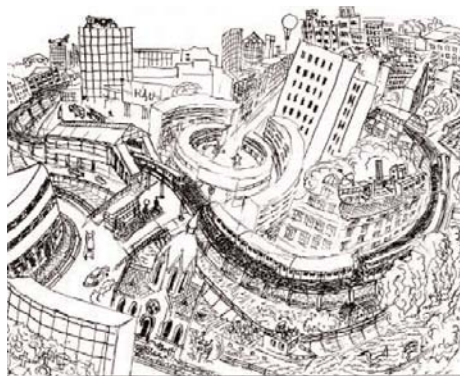
Die „Kreuzberger Mischung“, das war zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Miteinander von Wohnen, Arbeiten und Leben in den neuentstandenen Kreuzberger Mietskasernen mit ihren zahlreichen Hinterhöfen. In den Vorderhäusern wohnten die feinen Angestellten und Beamten, im dritten und vierten Hof waren die Arbeiter zu Hause. Dazwischen werkten die Handwerker und manchmal gab es auch noch einen Kuhstall.

In den siebziger Jahren waren die Häuser heruntergekommen und sanierungsbedürftig. Die Mieten waren billig, Studenten zogen in die ofenbeheizten Wohnungen mit Außenklo. Abends, in den Kneipen, trafen sie auf die Kreuzberger Künstlerszene, die sich hier gefunden hatte, und die einen Hauch von Bohème in das alte Arbeiterviertel im Schatten der Mauer brachte.

Kurt(chen) Mühlenhaupt, 1921 in Klein Ziescht geboren, gehörte zu den bekanntesten. An der Blücherstraße hatte er einen Trödelladen, gleich um die Ecke, da, wo Baruther und Zossener Straße zusammentrafen, war das von ihm gegründete Künstlerlokal „Leierkasten“. Hier trafen sich Künstler wie Günter Bruno Fuchs, Robert Wolfgang Schnell und Artur Märchen, Berliner „Malerpoeten“. Mühlenhaupt malte seine Umgebung, die Heilig-Kreuz-Kirche, das Hallesche Tor, die Menschen.

In Hertha Fiedlers „Kleiner Weltlaterne“ in der Kohlfurter Straße 37, wie der „Leierkasten“ 1961 eröffnet, stellten junge Künstler ihre ersten Werke aus. Aber auch Henry Miller, Curd Jürgens, Friedrich Dürrenmatt, Friedensreich Hundertwasser kehrten hier ein. Und Insterburg & Co gratulierten dem greisen Friedrich Schröder-Sonnenstern, wenn er wieder 75. Geburtstag hatte. Seine bizarren Mensch-Tier-Gestalten hatten da schon zahlreiche Käufer gefunden.

Vor mehr als 35 Jahren begann Hugo



Blick auf das Hallesche Tor: Roland Neumanns „Kreuzberger Mischung“, 2010, jap. Kugelschreiber.

Hoffmann, Werke der Künstler in seinem Kreuzberger Atelier-Handpresse zu drucken, viele bibliophile Ausgaben sind entstanden, die Linolschnitte und Grafiken vereinten.

Lange Jahre haben die Kreuzberger Künstler über West-Berlin hinaus das Bild der Kunststadt Berlin geprägt. Mit der Ausstellung „Kreuzberger Mischung“ in der Galerie im Kurt Schumacher-Haus präsentiert das Kulturforum Stadt Berlin im Oktober Arbeiten von Günter Kokott, Sigurd Kuschnerus, Artur Märchen, Kurt Mühlenhaupt, Roland Neumann, Hans Sünderhau, TUTU, Herbert „Jimmy“ Weitemeier mit Marginalien und Kunstgeschichtchen von Hugo Hoffmann.

Zur Vernissage am Mittwoch, 6. Oktober 2010 um 18.00 Uhr, spricht Abgeordnetenhauspräsident Walter Momper, der selbst seit Jahrzehnten in Kreuzberg zu Hause ist, ein Grußwort.

U. Horb □

➔ Nach der Vernissage am 6. Oktober 2010 um 18 Uhr ist die Ausstellung montags bis freitags von 14 bis 18 Uhr geöffnet. Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, 13353 Berlin-Wedding, Müllerstr. 163 (S- und U-Bahnhof Wedding)

KULTURTIPPS

Ausstellungseröffnung „Izis“. Alle zwei Jahre findet im November der „Monat der Fotografie“ statt. Im Jahr 2010 wird das Willy-Brandt-Haus mit der Fotoausstellung des litauisch-französischen Fotografen Izis vertreten sein. „Die Menschen, die ich fotografiere, nehmen mich gar nicht wahr, weil sie in der Regel vollkommen in ihre innere Welt, ihre Träume versunken sind“, sagt Izis **BS** □

➔ Eröffnung: Donnerstag, 28. Oktober 2010, 19:30 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140 / Stresemannstraße 28, 10963 Berlin-Kreuzberg.

➔ Öffnungszeiten der aktuellen Ausstellung „Liselotte Strelow - Retrospektive 1908-1981“: Dienstag bis Sonntag, 12 bis 18 Uhr. Eintritt frei, ein gültiger Personalausweis ist erforderlich.

Kunst im SPD-Kreisbüro Spandau. Zur Vernissage mit Werken von Anne Marie Stefanescu lädt die SPD Spandau am Donnerstag, 7. Oktober um 19 Uhr. Die Spandauer Malerin Anne Marie Stefanescu zeigt in den kommenden Wochen neue, interessante und die stimmungsvolle Werke ihres langen Schaffens in verschiedenen Techniken wie Öl, Acryl, Pastell und Naturkollagen. Ausgebildet als Coloristin und technische Zeichnerin, widmete sie sich schon gleich nach Kriegsende der künstlerischen Mosaikgestaltung. In den 60er Jahren folgte eine Ausbildung als Wirtschaftsmeisterin im Pestalozzi-Fröbel-Haus, der sich viele praktische Berufsjahre anschlossen. Erst ab 1980 konnte sich Anne Marie Stefanescu wieder ganz auf ihre kreativen Fähigkeiten konzentrieren, sie entwarf und erstellte Kulissen und Puppen für Videofilme und unterrichtete sechs Jahre lang Grafik und Plakatgestaltung.

➔ SPD Kreisbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin, montags 12 – 18 Uhr, donnerstags 10 – 15 Uhr und freitags 12 – 16 Uhr sowie nach telef. Vereinbarung unter 333 71 65.